



Abonnement-Preis: Seite 90 Pf. (General-Anzeiger) 60 Pf. ... Druck und Verlag: Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Sonntag 7. September 1913

54. Jahrgang ... 12. Heft

Wochenchau ... Paul Michaelis

hat keine besondere Veranstaltung ... Paul Michaelis

Die Forderungen Bulgariens.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Sofia, 6. September. Ministerpräsident Radoslawow, den ich heute sprach, äußerte sich auf meine Frage über die Konstantinopeler Verhandlungen wie folgt: „Gestern wurden nur formaler Verhandlungen ...“

Konstantinopel, 6. September.

General Sarow hat sich zu einem Mitarbeiter der „Zurige“ über die Forderung Bulgariens ausgesprochen. Seine Erklärungen betreffen die Meldung, daß Bulgarien Adrianopel der Türkei als Belohnung überlassen will, falls die Türken auf Kirkisli ...

Nordalbanien, die Schujadt Serbiens.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Aus Mostar sind Meldungen hier eingetroffen, daß Albanien vor drei Tagen in harter Anzahl einen räuberischen Einfall auf serbisches Gebiet bei Prizrend verübt hätten, aber unter großen Verlusten von den durch die Einwohnerhaft auf Hilfe gelaufenen serbischen Truppen zurückgeschlagen und über die Grenze getrieben worden seien. Angeblich sind 200 Albaner bei diesem Zusammenstoß gefallen. Die Belgrader Wälder fordern die Regierung des abendlichen Reiches bereits verschiedene andere in diesem Hinsicht vorzunehmende Maßnahmen zur Sicherung der Grenze zu treffen, sowie die Aufmerksamkeit der Großmächte, welche die Neutralität Albaniens garantiert haben, auf diese Vorfälle zu lenken. Die häufig offiziös inspirierte hiesige „Tribuna“ bringt wiederholt ihr angeblich aus besonderer Wiener Quelle zugegangene Nachrichten von einem angeblichen Einmischungsversuch in Wien bezüglich Albaniens. Man ist, so heißt es in diesen Kreisen, in den Wiener Regierungskreisen des abendlichen Reiches bereits mißgünstig geworden, gewisse daran, aus Albanien einen lebensfähigen Staat machen zu können und sei geneigt, Nordalbanien den Serben abzutreten unter der Bedingung, daß diese mit der Nachbarmonarchie einen dieser vollkommen genehmen Handelsvertrag abschließen und an Bulgarien (Ips, Rostschka, Radowitschka, Peshkovo) und nach einige andere Städte herausgeben. Die phantastisch klingende Nachricht, die jetzt von Wien her überliefert wird, scheint in dem materiell von den serbischen Regierungskreisen stammenden Falschmeldung mit Ballou d'Olai lanciert worden zu sein.

Rußlands Politik in Armenien.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Petersburg, 6. September. Das Bestreben der russischen Diplomatie, Bahnkonventionen in Armenien zu erhalten, wird hier fälschlich als ein Umfchwung in der russischen Orientpolitik bezeichnet. Dieser Umfchwung kann sich nur darauf beziehen, daß Rußland den 1900 abgeschlossenen Vertrag mit der Türkei jetzt auszuheben gedankt. Rußland zugehen einen Einfluß auf Armenien gleich beschaffen durch den Vertrag mit Frankreich in der Schicksal zusammen diplomatisch. Die das Gerücht herbeiführt bei einzelnen russischen Diplomaten die Vermutung, daß Deutschland diesen Konventionen, die in Petersburg entgegengekommen, andererseits gemacht, daß Deutschland diesen Plänen schon ...

der die Fremdenlegation auf fünf Jahre mit unerreichtbaren Retten bindet, gemildert würde.

Wenn indessen solche und ähnliche Bestrebungen von Erfolg begleitet sein sollten, so blühte doch immer noch die Last der Forderungen, daß zahlreiche deutsche Wehrpflichtige aus Furcht vor harten Strafen sich über die Grenze flüchten und vielfach in der Fremde eintreffend zugetrieben werden. Einer Boderung der in türkischen Disziplin ist fast genau das Wort zu entnehmen, was die Türkei für den großen und geschlossenen Verband, den die deutsche Armee darstellt, unentbehrlich, Wohl aber lassen sich die Ilberetizierungen mildern, die heute den Begriff der Disziplin mehr entstellen als befestigen. Nicht ohne Grund wird in jeder Tagung des Reichstags über Soldatenmishandlungen und über schwere Mißgriffe der Vorgesetzten geredet. Wird dem gemeinen Soldaten ein besserer Schutz gegen Auswüchse der Vorgesetzten zuteil, so führt er sich auch in der Kaserne als Mensch, dem sein Recht und dem auch Schutz gegen Übergriffe gewährleistet ist, dann wird sich automatisch die Zahl der fahnenflüchtigen vermindern, und damit würde auch der französische Fremdenlegation ein erheblicher Teil ihrer Rekruten entzogen werden. Herr Passermann hat angemerkt, daß die Frage der französischen Legion in der nächsten Tagung des Reichstags zur Sprache gebracht werden solle. Man wird sich darüber freuen können, aber man wird zugleich fordern müssen, daß nicht etwa aus nationalen Hochgefühl heraus chauvinistische Tiraden gegen die französische Nation produziert werden, sondern daß der Nachdruck auf die Untersuchung gelegt wird, in welcher Weise den eigenen Volksgenossen die heimatischen Zustände erträglicher gemacht werden.

Das Problem einer Reform des Militärstrafrechts ist nur eines unter anderen. Raum minder dringend noch die Aufgabe der inneren Kolonisation in der Lora der Volksvertretung. Hier kommt freilich in erster Reihe das preussische Abgeordnetenhaus in Betracht, und nach seiner ganzen Zusammenfassung ist es noch weniger als der Reichstag inländisch, ein großes Ziel unter Verfechtung von Sonderinteressen zu erreichen. Zum überwindenden Teil besteht das preussische Abgeordnetenhaus aus Vertretern des Großgrundbesitzes. Mag aber der Bund der Landwirte noch so nachdrücklich auf die Solidarität zwischen großen und kleinen Grundbesitzern hinweisen, in Wirklichkeit ist zwischen beiden Teilen eine tiefe Kluft besetzt. Es ist bezeichnend, daß, wie kürzlich berichtet wurde, die Großgrundbesitzer des Reichstags sich gegen die von der Arbeitslosenkommission vorgeschlagenen Arbeiter meist ablehnend verhalten. Die Kommission hat in fünf Jahren annähernd zweitausend Arbeitsstellen geschaffen, aber der Großgrundbesitzer will keine freien deutschen Arbeiter haben. Er zieht die ausländischen Arbeiter wegen ihrer größeren Bedürfnislosigkeit vor. Dann beklagen sich die Agrarier womöglich noch, daß die Bestrebungen zur Förderung des Deutschtums in der Ostsee nicht von Erfolg gekrönt sind. Und doch kann die Arbeitslosenkommission unmöglich immer zahlreichere Arbeiter nach dem Osten holen, wenn ihnen dort die Arbeitslosigkeit fehlt.

Rechtlich liegt es mit der Agrarier in den übrigen Provinzen. Freiherr v. Wangenheim hat allerdings angesichts der erneuten Forderungen zur Durchführung der inneren Kolonisation sein Herz erndet und versichert, daß er immer in dieser Richtung gearbeitet habe. Mag sein, daß es in der Tat so ist, was besonders den östlichen Provinzen dringend nötig ist. Nur wollen sie den Weg wachen, ohne ihn nah zu machen. Sie möchten das Land besiedeln, ohne den Großgrundbesitzer zu inkommodieren. So kommen sie über untaugliche Mittel nicht hinaus. Nicht einmal dazu können sie sich aufschwingen, die überlebte und gerade vom Standpunkt einer härteren Bedrohung des fachen Landes unhaltbare Einrichtung der Fideikommisspreußengüter. Kaum daß sie bereit wären, in eine kleine Befreiung zu willigen, die den „besten“ Familienbesitz auf Kosten der übrigen Besitzer noch in höherem Maße als bisher privilegieren würde. In dieser Weise kommt der preussische Osten allerdings nicht weiter. Und vollends ist es eine leere Aussicht, wenn die Herren die freiwerdenden Flächen nicht durch den Verkauf zu beschaffen haben, dem Preisfall den lächerlichen Vorwurf machen, daß er selbst auch nichts auf dem Gebiet der inneren Kolonisation leisten würde. Mögen sie es doch einmal erst abwarten, Mögen sie die Möglichkeit schaffen lassen, daß der Liberalismus in die Lage versetzt wird, sein Programm durchzuführen.

Vorläufig sieht man nichts als die betäubende Tatsache, daß unter dem reaktionären Regime der deutsche Osten in der Bevölkerungszahl und in kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen stagniert. Es ist in Preußen weder an Menschen noch an Mitteln. Aber der herrschende Großgrundbesitz läßt jeden Aufschwung. Auch wäre es illusorisch, von ihm zu erwarten, daß er sich eines besseren aus sich heraus befinden könnte. Der Fortschritt kann, wie auf anderen Gebieten, so auch in der inneren Kolonisation nur durch ein freies Wahlrecht gebracht werden, das auch dem Bürger und Arbeiter den ihnen gebührenden Anteil an der nationalen Entscheidung sichert. Es verzieht sich von selbst, daß auch dieses Ziel sich nicht mit den Agrariern, sondern nur gegen sie durchsetzen läßt.